

Der Vier-Punkte-Vorschlag Chinas wurde von Phnom Penh abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß China die "Massenmörder um Pol Pot aufpäppeln" wolle, daß ferner seine Anregung, einen Zeitplan aufzustellen, durch die Vorgaben Vietnams (Truppenrückzug bis spätestens März 1990) gegenstandslos geworden sein und daß der Vorschlag, eine Übergangsregierung aus vier Parteien zu bilden, "absurd" sei, da durch eine solche Übergangsregierung ja die jetzige Regierung der VRK praktisch ausgeschaltet und dadurch der Machtergreifung Pol Pots Vorschub geleistet werde.

China wiederum kritisierte an dem VRK-Plan den späten Abzug der vietnamesischen Streitkräfte.

Der Hauptwiderspruch zwischen China und Vietnam läßt sich auf die Formel zurückführen, daß Vietnam zuerst die inneren und dann erst die äußeren Probleme Kambodschas bereinigt sehen möchte, während China gerade die umgekehrte Reihenfolge für wünschenswert hält. Ferner hält China die Okkupation Kambodschas durch Vietnam, Vietnam aber die Möglichkeit einer Machtübernahme durch Pol Pot-Kräfte für das Hauptproblem (Näheres XNA, 29. u. 30.7.88).

Einziges konkretes Ergebnis der Besprechungen war der Beschluß, eine Arbeitsgruppe aus Funktionären zu bilden, die einzelne Aspekte einer politischen Lösung der Kambodscha-Frage untersuchen und bis Dezember 1988 Vorschläge für ein weiteres JIM unterbreiten soll. (VNA in SWB, 30.7.88)

China bezeichnete das Treffen als einen Mißerfolg, da die vietnamesische Seite ihre Haltung zu drei Schlüsselfragen nicht geändert habe, nämlich (1) zur Frage des baldigen Abzugs seiner Truppen, (2) zur Pol Pot-Frage und (3) zur Auflösung der Phnom Penher Regierung. (XNA, 29.7.88)

Dieser Pessimismus freilich ist nicht ganz gerechtfertigt. Immerhin muß man bedenken, daß sich die an der Kambodscha-Frage direkt oder indirekt beteiligten Parteien hier zum erstenmal getroffen haben. Noch vor wenigen Jahren wäre es ganz unvorstellbar gewesen, daß sich etwa der vietnamesische Außenminister sowie die Vertreter der Dreierkoalition des DK an einen Tisch gesetzt hätten! -we-

*** (8)**
China fordert eine zusätzliche Lockerung der COCOM-Beschränkungen

Am 5. Juli forderte ein chinesischer Vertreter das "Koordinierungskomitee" (COCOM) in Paris auf, gegenüber China großzügiger zu sein. Das COCOM wurde im November 1949 gegründet und soll sicherstellen, daß strategisch relevante Güter nicht in die Hände feindlicher Mächte gelangen. Dem COCOM gehören heute 15 westliche Mitgliedsländer an, unter denen sich sämtliche hochentwickelte Staaten befinden, u.a. die USA, die BR Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Japan und die Niederlande.

Leider habe China von seiten des COCOM Behinderungen erfahren. Mitgliedsländer, die einen Satelliten mit chinesischen Raketen ins Weltall befördern möchten, müssen vorher bei COCOM um eine Genehmigung einkommen. Neuerdings hätten einige Mitgliedsländer, in dem Versuch, die chinesische Raketenkonkurrenz vom internationalen Markt zu verdrängen, China beschuldigt, die Raketenstarts zu subventionieren und damit unlauteren Wettbewerb zu treiben. Auch hätten sie versucht, den Satelliten-Technologietransfer nach China zu behindern.

Die chinesische Firma "Große Mauer", die den Satelliten-Start betreibt, sei für ihre eigenen Gewinne und Verluste verantwortlich. Die Gesellschaft müsse sogar Gewinne erwirtschaften und dem Staat Steuern zahlen. Wenn das chinesische Angebot unter dem europäischen oder amerikanischen Konkurrenten liege, so hänge dies mit den niedrigen Arbeitskosten sowie mit den relativ geringeren Gewinnerwartungen Chinas zusammen. (XNA, 5.7.88) -we-

Innenpolitik

*** (9)**
2. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK

Der Ständige Ausschuss des VII. NVK kam vom 25. Juni bis 1. Juli 1988 zu seiner 2. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung des ständigen Parlamentsorgans standen u.a. folgende Punkte:

- Genehmigung der von der Zentralen Militärkommission vorgelegten "Bestimmungen über die Verleihung von Verdienstorden an Funktionäre, die aus dem Dienst der Chinesischen Volksbefreiungsarmee ausgeschieden sind" (Text der Bestimmungen in: RMRB, 3.7.88).

- Verabschiedung der "Vorschriften über die militärischen Dienstgrade der Offiziere der Chinesischen Volksbefreiungsarmee" (Text in: RMRB, 3.7.88; siehe die Übersicht "Wiedereinführung von militärischen Dienstgraden").

- Verabschiedung des Beschlusses zur Anerkennung der in der Zeit zwischen 1955 und 1965 verliehenen militärischen Dienstgrade für Offiziere (RMRB, 3.7.88).

- Verabschiedung des "Beschlusses über die vorübergehende Wahrnehmung der Funktionen des Volkskongresses der Provinz Hainan durch die Volksdelegiertenversammlung der Provinz Hainan" (Text in: RMRB, 2.7.88; zu dem politischen Hintergrund dieser Entscheidung siehe die Übersicht "Politische Schwierigkeiten und rechtliche Verstöße bei der Schaffung der Staatsorgane der neuen Provinz Hainan").

- Verabschiedung des Beschlusses über die Genehmigung der Haushaltsbilanz des Jahres 1987 und Annahme des betreffenden Berichts des stellvertretenden Finanzministers Chi Haibin (siehe RMRB, 27.6.88).

- Verabschiedung der "Arbeitschwerpunkte des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses" (Text in: RMRB, 3.7.88; vgl. den Bericht hierzu von Peng Chong, in: RMRB, 29.6.88).

Der Arbeitsplan des Ständigen NVK-Ausschusses für die kommenden 5 Jahre steht unter der allgemeinen Aufgabe, die Reformen und die weitere Öffnung Chinas zu garantieren und weiter voranzutreiben. Im Mittelpunkt der Arbeit werden die Gesetzgebungsarbeit und der Ausbau der Kontrollfunktion des permanenten Parlamentsorgans gegenüber der Exekutive und der Judikative sein.

Bezüglich der Gesetzesarbeit wurde aus Kreisen der NVK-Gesetzkommission bekannt, daß der Ständige Ausschuss in den nächsten fünf Jahren 117 Gesetze neu ver-

abschieden oder abändern wird. In der letzten Legislaturperiode hatte der Ständige Ausschuss 'nur' 37 Gesetze neu verabschiedet und 26 Gesetze abgeändert. Allein im Bereich des Wirtschaftsrechts sollen 55 Gesetze verabschiedet oder abgeändert werden, darunter ein Haushaltsgesetz, ein Investitionsgesetz, ein Planungsgesetz, ein Preisgesetz, ein Steuerprüfungsgesetz usw. Der zweite Schwerpunkt der Gesetzgebungsarbeit wird auf dem Ausbau des Verwaltungsrechts liegen: Geplant sind u.a. ein Verwaltungsprozessrecht und eine Verwaltungsdienstordnung. Weitere wichtige Gesetze sind ein Versammlungs- und Demonstrationsrecht, ein Pressegesetz, ein Publikationsgesetz, ein Verbandsrecht und ein Gewerkschaftsgesetz. (RMRB, 3.7.88; XNA, 1.8.88)

Ein Schwerpunkt der Kontrolle der Staatsorgane durch den Ständigen Ausschuss soll sich gegen Verletzungen der Verfassung und geltender Gesetze durch den Staatsrat, den Obersten Volksgerichtshof und die Oberste Staatsanwaltschaft richten. Stärker überwacht werden soll auch die Durchführung von Gesetzen. Den Beschwerden, Anklagen und Anzeigen von Bürgern gegen Verletzungen der Verfassung und Gesetze durch Staatsorgane und Funktionäre soll ernsthafter nachgegangen werden. Die Kontrolle der Arbeit der Staatsorgane soll auf die Überwachung der Durchführung des nationalen Plans für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und des Staatshaushalts konzentriert werden. Um die Kontrollfunktionen des Ständigen Ausschusses zu standardisieren und institutionalisieren soll ein Kontrollgesetz ausgearbeitet werden. (RMRB, 3.7.88)

- Personalbeschlüsse, darunter die Ernennung von Huang Jie zum Vorsitzenden der Verwaltungskammer des Obersten Volksgerichtshofs. Die Verwaltungskammer ist eine neue Einrichtung. (Für die weiteren Personalbeschlüsse siehe RMRB, 2.7.88.)

- Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Erziehungskommission, He Dongchang, über die Situation des Erziehungswesens (siehe RMRB, 27.6.88).

- Beratung des Entwurfs der "Bestimmungen über den Dienst der aktiven Offiziere der Chinesischen Volksbefreiungsarmee" (siehe die diesbezüglichen Erläuterungen des

Direktors der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA, Yang Baibing, in: RMRB, 26.6.88). Die Bestimmungen wurden jedoch nicht verabschiedet.

- In einer engagierten Rede zum Abschluß der 2. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK betonte der NVK-Vorsitzende Wan Li, daß man angesichts der jüngsten Preissteigerungen und anderer Probleme die großen Erfolge und Errungenschaften der Reformpolitik der letzten zehn Jahre nicht vergessen dürfe. Nachdem er eine positive Bilanz der Reformpolitik gezogen hatte, erklärte Wan Li, daß bei der Reform wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme, einschließlich Preissteigerungen, ungleiche Verteilung sowie Unterschlagung und Bestechung von Kadern, unvermeidbar seien. Die eigentliche Ursache für diese Probleme sei jedoch nicht die Reform an sich, sondern die Tatsache, daß die Reform noch nicht durchgreifend vollzogen worden sei. Das alte System wirke nach wie vor als Hemmschuh für die Reform. (RMRB, 2.7.88)

Wan Li kritisierte das bestehende "zweigleisige Preissystem", d.h. die Existenz sowohl von administrativ festgesetzten Preisen als auch von Marktpreisen, als dem Wertgesetz widersprechend. Das System sei sowohl für die Produzenten als auch für die Konsumenten von Nachteil und trage nicht zur Aufrechterhaltung der Redlichkeit und Rechtschaffenheit der Funktionäre der Staatsorgane bei. Viele gegenwärtig verbreitete rechtswidrige Erscheinungen, wie Spekulationsgeschäfte, Unterschlagung und Bestechung, sowie gewisse soziale Ungerechtigkeiten hingen in unterschiedlichem Ausmaß mit dem zweigleisigen Preissystem zusammen. Die grundlegende Ursache dieser Probleme sei, daß das alte System noch nicht vollständig abgeschafft und das neue System noch nicht vollständig etabliert worden sei.

Wan Li sprach sich entschieden gegen einen vorläufigen Stopp der Preisreform aus. Je länger eine vollständige Preisreform hinausgezögert werde, desto schwieriger sei die Preisproblematik zu lösen. Trotz einiger Gefahren seien die Bedingungen für eine (vollständige) Preis- und Lohnreform günstig. Wan Li warnte davor, den günstigen Zeitpunkt ungenutzt verstreichen zu lassen, denn dies würde zu noch größeren Problemen führen.

Zum ersten Mal in der Geschichte des NVK lehnte der Ständige Ausschuss ein Ernennungsgesuch mit Mehrheit ab: Der Vorschlag auf Ernennung eines Politikers zum Berater der NVK-Kommission für auswärtige Angelegenheiten erhielt mit 73 Ja-Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit der 155 Mitglieder des Ständigen Ausschusses (XNA, 2.7.88). Die Grenzen der in letzter Zeit viel beschworenen Transparenz wurden daran deutlich, daß in der Berichterstattung der Name des durchgefallenen Politikers nicht genannt wurde.

Wie schon während der 1. Plenartagung des VII. NVK im März und April wurden auch auf der Sitzung des Ständigen NVK-Ausschusses kritische Stimmen laut. Der engagierte Reformler Hu Jiwei, der im November 1983 während der Kampagne zur Beseitigung der "geistigen Verschmutzung" durch bürgerlich-liberales Gedankengut als Verlagsdirektor der *Volkszeitung* entlassen worden war, beklagte die unbefriedigende Kontrolle der Regierung durch das Parlament. Der Grund sei, daß die Partei die Regierung bevormunde, so daß in Wirklichkeit die Partei die Regierung kontrolliere. Hu forderte, daß der NVK das Recht auf ein Mißtrauensvotum gegenüber schlechten und unfähigen Regierungsmitgliedern haben müsse. Das Recht auf ein Mißtrauensvotum müsse in der Verfassung verankert werden. Auch müsse der NVK eigene Kontrollinstrumente erhalten, um selbst Statistiken zu sammeln und die wirtschaftliche Arbeit der Regierung überprüfen zu können - andernfalls bleibe dem NVK nichts anderes übrig, als wie bisher den Wirtschaftsplänen und dem Staatshaushalt unkritisch zuzustimmen. (XNA, 1.7.88)

Im Interesse einer größeren Transparenz der Arbeit des Ständigen NVK-Ausschusses für die Öffentlichkeit sollen künftig regelmäßige Pressekonferenzen abgehalten werden. Darüber hinaus hat das ständige Parlamentsorgan einen neuen Sitzungssaal erhalten, der doppelt so groß ist wie der alte. Außer zusätzlichen Sitzmöglichkeiten für nichtstimmfähige NVK-Mitglieder und -Mitarbeiter gibt es nun auch erstmals eine Zuschauertribüne, die von Außenstehenden benutzt werden kann (RMRB, 26.6.88). -sch-

***(10)
ZK-Arbeitskonferenz von Beidaihe
endete ohne Übereinkunft in der
Frage der Preisreform**

Die alljährliche ZK-Arbeitskonferenz im Prominenten-Seebad Beidaihe fand vom 20. bis 28. Juli 1988 statt. Zentrales Thema war die Preisreform. Nichtoffiziellen Berichten zufolge wurden keine Beschlüsse in dieser umstrittenen Frage gefaßt. Hinsichtlich der Preisreform wurden auf der Konferenz zwei sehr unterschiedliche Ansichten vertreten:

- Radikalere Reformkräfte, zu denen ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang und NVK-Präsident Wan Li zu zählen sind, vertraten die Ansicht, daß das Tempo der Preisreform nicht verlangsamt werden dürfe. Schon gar nicht dürfe es zu einem Stopp der Preisreform kommen. Das gegenwärtige Hauptproblem bestehe in dem (langsamen?) Tempo der Reform und darin, welche flankierenden Maßnahmen (für die Preisreform) zu ergreifen seien. Es wurde deshalb der Vorschlag gemacht, die Preisreform (d.h. die Freigabe aller Preise) innerhalb von vier Jahren vollständig abzuschließen.

- Dagegen vertrat eine konservative Gruppe die Ansicht, daß zunächst die Wirtschaft entwickelt werden müsse, um allmählich Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen. Eine Preisreform könne nur auf der Basis stabiler gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse durchgeführt werden. Deshalb wurde der Gegenvorschlag gemacht, die Preisreform innerhalb eines Zeitraums von acht Jahren in groben Zügen zu verwirklichen.

Als Kompromißvorschlag bot Zhao Ziyang einen Fünf-Jahres-Zeitraum für die Verwirklichung der Preisreform an, doch dieser Vorschlag wurde offenbar abgelehnt, da sich die Konferenzteilnehmer lediglich darauf einigen konnten, daß für detaillierte Pläne und Maßnahmen für die Preisreform weitere Diskussionen notwendig seien.

Die Parteiführung soll zu der Erkenntnis gekommen sein, daß die Schmerzgrenze der Bevölkerung in Bezug auf Preissteigerungen offenbar geringer sei als ursprünglich angenommen. Auch gäbe es Unzufriedenheit unter den Betriebsmanagern.

Hinsichtlich der Lohnreform soll sich die Führung in Beidaihe darauf geeinigt haben, zunächst die Löhne der Lehrer, Intellektuellen und einer Reihe von Beamten zu erhöhen, und zwar in einem erheblichen Maße. (Wen Hui Bao, Hongkong, 1.8.88, in: SWB, 3.8.88). -sch-

***(11)
Politische Schwierigkeiten und
rechtliche Verstöße bei der Schaffung
der Staatsorgane der neuen
Provinz Hainan**

Überraschend verabschiedete der Ständige Ausschuß des VII. Nationalen Volkskongresses auf seiner 2. Sitzung einen "Beschuß über die vorübergehende Wahrnehmung der Funktionen des Volkskongresses der Provinz Hainan durch die Volksdelegiertenversammlung der Provinz Hainan" (Text in: RMRB, 2.7.88). Noch im Mai hatte der Leiter der Gruppe zur Vorbereitung der Gründung der Provinz Hainan, Xu Shijie, in Hongkong erklärt, daß im Juli 1988 ein Provinzkonferenz der KPCh, der neue Provinzvolkskongreß und ein Provinzkomitee der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes einberufen werden sollten (Zhongguo Tongxun She, Hongkong, 25.7.88, nach: SWB, 30.7.88).

In dem Beschuß des Ständigen NVK-Ausschusses heißt es, daß bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt vor Anfang 1993 anstelle des in der Verfassung vorgesehenen Volkskongresses eine Volksdelegiertenversammlung der Provinz Hainan (Hainan sheng renmin daibiao huiyi) als Volksvertretung fungieren soll (RMRB, 2.7.88). Die Ersetzung eines Volkskongresses durch eine "Volksdelegiertenversammlung" ist jedoch durch die Verfassung nicht abgedeckt.

Weiter wird in dem Beschuß festgelegt, daß die Delegiertenversammlung 260 bis 300 Abgeordnete umfassen soll. Diese sollen teilweise von den Volkskongressen der kreisfreien Städte, der Kreise und der Autonomen Kreise gewählt und teilweise von den politischen Parteien, Volksverbänden, Staatsorganen und von den in Hainan stationierten VBA-Einheiten unter "Leitung" (zhuchi) der von der Zentrale eingesetzten Gruppe zur Vorbereitung der Gründung der Provinz Hainan "vermittels demokratischer Konsultationen ausgewählt werden" (ebenda). Die "Auswahl vermittels

demokratischer Konsultationen" (jing minzhu xieshang tuixuan) eines Teils der Abgeordneten stellt einen Verstoß gegen das erst im Dezember 1986 erneut abgeänderte Gesetz über die Wahlen zum Nationalen Volkskongreß und zu den Volkskongressen auf den verschiedenen lokalen Ebenen dar (Text in: RMRB, 5.12.86).

Weiter wurde bekannt, daß bei den Wahlen der Abgeordneten für die Delegiertenversammlung durch die Volkskongresse auf Kreisebene die Zahl der Kandidaten die Zahl der zu wählenden Abgeordneten nicht überschreiten wird, so daß keine Auswahl besteht (Zhongguo Tongxun She, Hongkong, 25.7.88, nach: SWB, 30.7.88). Auch diese Regelung stellt einen gravierenden Verstoß gegen das Wahlgesetz dar: So muß laut Artikel 27 des Gesetzes bei den indirekten Wahlen zu den Provinzvolkskongressen die Zahl der Kandidaten die Zahl der zu wählenden Abgeordneten um mindestens 20% und maximal 50% übersteigen.

Der Wahlmodus, bei dem nur ein Kandidat zur Wahl steht, soll auch bei den Wahlen der Mitglieder des Ständigen Ausschusses, des Gouverneurs, der stellvertretenden Gouverneure, des Präsidenten des Oberen Volksgerichtshofs und des Oberstaatsanwalts der Provinz angewandt werden (RMRB, 26.6.88). Dieses Verfahren stellt einen teilweisen Verstoß gegen das Organisationsgesetz der lokalen Volkskongresse und der lokalen Volksregierungen dar (Text in: RMRB, 5.12.86). Artikel 20 dieses Gesetzes schreibt vor, daß bei den Wahlen der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses die Zahl der Kandidaten die Zahl der zu wählenden Ausschußmitglieder um zwischen 10% und 20% übersteigen muß, und daß bei der Wahl der stellvertretenden Gouverneure die Zahl der Kandidaten um ein bis drei höher liegen soll.

Selbst wenn die Zentrale mit der Einberufung einer provisorischen Volksdelegiertenversammlung der Provinz Hainan die Vorschriften des Wahlgesetzes und des Organisationsgesetzes über die lokalen Volkskongresse umgehen wollte, bleibt das Problem, daß es für das Organ einer Volksdelegiertenversammlung keine verfassungsrechtliche Grundlage gibt.

Offiziell wurde als Grund für die Schaffung einer provisorischen Volksdelegiertenversammlung le-

diglich angegeben, daß "die Bedingungen für die Etablierung des Volkskongresses der Provinz Hainan noch nicht vorhanden sind" (RMRB, 26.6.88). Hinter dieser abstrakten Formulierung verbergen sich heftige Auseinandersetzungen über die personelle Besetzung der politischen Führungsstellen in Hainan: Die Zentrale hat mit nur einer Ausnahme ausschließlich ortsfremde Kader für die 11 höchsten Positionen in Hainan "vorgeschlagen". Auch die Mehrheit der Direktoren auf Amts- und Abteilungsebene kommen vom Festland und nicht aus Hainan selbst. Diese Personalpolitik hat zu erheblicher Unzufriedenheit unter den ortsansässigen Führungskadern von Partei und Staat geführt, so daß im Falle von gesetzlich vorgeschriebenen demokratischen Wahlen des Provinzvolkskongresses und der Provinzregierung die Kandidaten der Zentrale möglicherweise den Kandidaten aus Hainan unterlegen gewesen wären. Diese Gefahr scheint die Zentrale dazu veranlaßt zu haben, die Einberufung des Volkskongresses auf einen nicht näher bestimmten Zeitpunkt vor Anfang 1993 zu verschieben (Zhongguo Tongxun She, Hongkong, 25.7.88, nach: SWB, 30.7.88). Bis dahin hofft die Zentrale, daß sich die Gemüter auf Hainan beruhigt haben, denn "für die große Masse der Kader und Bevölkerung bedarf es noch eines schrittweisen Prozesses des Verständnisses und des Kennenlernens der Führungskader, die aus den verschiedensten Gebieten des Landes kommen" (RMRB, 26.6.88). -sch-

* (12)
Wiedereinführung von militärischen Dienstgraden

Nach jahrelangem Tauziehen wurden am 1. Juli 1988 auf Beschluß des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses wieder Dienstgrade in der Chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) eingeführt. Mit der Verabschiedung der "Vorschriften über die militärischen Dienstgrade der Offiziere der Chinesischen Volksbefreiungsarmee" (Text in: RMRB, 3.7.88) und des Beschlusses zur Anerkennung der in der Zeit zwischen 1955 und 1965 verliehenen militärischen Dienstgrade für Offiziere (RMRB, 3.7.88) wurde eine 23jährige Periode beendet, in der es keine Dienstgrade in der chinesischen Armee gegeben hatte.

Nach den neuen Dienstgrad-Vorschriften für die VBA wird es von nun an 11 militärische Dienstgrade geben:

Offiziere im Generalsrang (jiang-guan)

- 1) 1.Klasse-General (yiji shangjiang)
- 2) General (shangjiang)
- 3) Generalleutnant (zhongjiang)
- 4) Generalmajor (shaojiang)

Stabsoffiziere (xiaoguan)

- 5) Großoberst (daxiao)
- 6) Oberst (shangxiao)
- 7) Oberstleutnant (zhongxiao)
- 8) Major (shaoxiao)

Subalternoffiziere (weiguan)

- 9) Hauptmann (shangwei)
- 10) Oberleutnant (zhongwei)
- 11) Leutnant (shaowei)

Damit sind die Dienstgrade um drei verringert worden. Von 1955 bis 1965 gab es noch die Dienstgrade des Generalissimus (der nie verliehen wurde), des Marschalls (es wurden nur zehn ernannt) und des Oberhauptmanns. -sch-

* (13)
VBA-Veteranen erhielten Verdienstorden

Am 30. Juli 1988 wurden 83.967 VBA-Offizieren im Ruhestand Verdienstorden verliehen:

- 830 erhielten den VBA-Orden "Roter Stern" Erster Klasse.
- 3.704 erhielten den VBA-Orden "Roter Stern" Zweiter Klasse.
- 47.914 erhielten den VBA-Unabhängigkeitsorden.
- 31.519 erhielten den VBA-Siegesorden.

Die Ordensverleihung wurde auf der Grundlage der am 1. Juli 1988 vom Ständigen NVK-Ausschuß genehmigten "Bestimmungen über die Verleihung von Verdienstorden an Funktionäre, die aus dem Dienst der Chinesischen Volksbefreiungsarmee ausgeschieden sind" (Text der Bestimmungen in: RMRB, 3.7.88) vollzogen. -sch-

Kultur

* (14)
Wang Meng zur Strukturreform der Künstler- und Darstellensembles

Die vor drei Jahren eingeleitete Strukturreform der Theater- und Künstlerensembles (vgl. C.a.,

1985/4, Ü 23) soll beschleunigt werden. Auf einer Nationalen Arbeitskonferenz über Kultur im Mai dieses Jahres hatte Kulturminister Wang Meng erneut bekräftigt, daß das staatliche Monopol durch ein "zweigleisiges System" abgelöst werden solle. In China existierten zur Zeit rund 3.000 Ensembles mit insgesamt etwa 200.000 Mitgliedern, die, bis auf wenige Ausnahmen, ganz oder teilweise vom Staat unterhalten würden. Im Zuge der Reform sollten selbständige Ensembles unter privater oder kollektiver Leitung an die Stelle der staatlichen treten (vgl. GMRB, 14.5.88; XNA, 14.5.88).

In der ersten Ausgabe der Zeitschrift *Qiushi*, die das Parteiorgan *Hong Qi* abgelöst hat, äußerte sich Wang Meng Anfang Juli 1988 ausführlich zu dem angestrebten "zweigleisigen System". Einige wenige hochkarätige Ensembles, die China repräsentieren, Minderheiten-Ensembles und solche, die eine besondere historische Rolle spielen, sollen auch zukünftig staatlich geleitet und unterstützt werden. Alle anderen Ensembles sollen in kollektive oder private Führung übergehen. Das bislang herrschende Prinzip der "eisernen Reisschale", das weder die Qualifikation noch die Leistung der einzelnen Darsteller und Künstler berücksichtige, solle durch den Wettbewerb zwischen selbständigen Ensembles abgelöst werden. Der Konkurrenzdruck werde die Künstlerszene beleben, die Ensembles zu Höchstleistungen anspornen und die Qualität der Darbietungen insgesamt steigern.

Wang Meng befaßte sich in seinem Artikel auch mit einer neuen Berufsgruppe, den Veranstaltungsagenten. Diese hätten unter großem Einsatz die Gewinne der von ihnen betreuten Ensembles gesteigert und selbst viel daran verdient. Es habe aber Fälle gegeben, daß Agenten Publikum und Ensemble betrogen hätten. Daher müsse ein wohlorganisiertes und funktionierendes Agenten-System aufgebaut werden.

Besonderen Nachdruck legte Wang Meng darauf, daß die Regierung mit der angestrebten Reform keineswegs den angespannten Finanzhaushalt auf Kosten der Künstler und Darsteller entlasten wolle. Sie werde weiterhin dieselbe Summe für die Ensembles aufwenden, allerdings hauptsächlich in Form von Gratifikationen, Förderpreisen etc. Ebenso wenig müsse der einzelne